

# BUENOS AIRES-BRIEFING

Januar 2021

Olaf Jacob und Carmen Leimann-López

## Verlängerung der DISPO, Menschenrechtsverletzungen in Formosa und Verzögerungen bei der Impfkampagne

Präsident Alberto Fernández kündigte am 29. Januar die Verlängerung der verpflichtenden, vorbeugenden sozialen Distanzierung (DISPO) für einen weiteren Monat an. Grund dafür sind unter anderem die Verzögerungen bei der nationalen Impfkampagne, die erforderlichen Vorbereitungen für die schrittweise Wiederaufnahme des Schulbetriebs und die mehr als neuntausend COVID-Neuinfektionen pro Tag. Die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs bleibt im Ballungsraum Buenos Aires weiterhin den systemrelevanten Berufsgruppen vorbehalten, die Bewegungsfreiheit ist innerhalb des Landes unter Auflagen wiederhergestellt. Es gelten Beschränkungen bei der Versammlungsfreiheit und in der Unterhaltungsbranche. Risikogruppen bleiben von der Arbeitspflicht befreit. Die DISPO hätte ursprünglich am 31. Januar beendet werden sollen. Im Rahmen ihrer Verlängerung dürfen die Gouverneure der Provinzen nun an all denjenigen Orten, an denen es mehr als 150 Infizierte pro hunderttausend Einwohner gibt, zusätzliche Ausgangsbeschränkungen und Sperrstunden erlassen. Am stärksten betroffen von der Ausbreitung des Coronavirus' sind momentan die Provinzen Santa Fe und Córdoba im Zentrum des Landes, die bevölkerungsreiche Provinz Buenos Aires sowie die gleichnamige Landeshauptstadt. Landesweit sind derzeit 55,3 Prozent der Betten auf den Intensivstationen belegt.

Die Handhabung des Gesundheitsnotstands in der nördlichen Provinz Formosa hat international für Aufsehen gesorgt. Medienberichten zufolge sollen allein in der Hauptstadt mehr als dreihundert Patienten und potentiell Infizierte in einer Sporthalle untergebracht worden sein, die die Mindesthygienestandards und Abstandsregeln nicht erfüllte. Weiterhin seien Patienten mit fünf negativen Testergebnissen bis zu einem Monat ohne Erklärung in einer Schule festgehalten worden. Darüber hinaus soll es willkürliche Festnahmen, beispielsweise friedlich demonstrierender Stadträte der Opposition, und unbegründete Einweisungen in die Quarantänezentren gegeben haben. Aufgrund des öffentlichen Drucks reiste der Staatssekretär für Menschenrechte Horacio Pietragalla (*Frente de Todos*) in der letzten Januarwoche nach Formosa. Zwei Tage vor seiner Ankunft soll es jedoch zahlreiche Entlassungen und merkbaren Verbesserungen in den zu besuchenden Unterkünften gegeben haben, sodass nichts beanstandet werden konnte. Organisationen der Zivilgesellschaft, darunter der KAS-Kooperationspartner *Centro para la Apertura y el Desarrollo de América Latina* (CADAL), hatten vor dem Besuch des Ministers bereits einen Antrag auf Vorsichtsmaßnahmen beim Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht. Außerdem zeigten die Vorsitzenden der führenden Oppositionsfraktion *Juntos por el Cambio* Gouverneur Gildo Insfrán wegen Menschenrechtsverletzungen an. Die Anklage ist zwischenzeitlich im föderalen Gerichtshof eingegangen. Darüber hinaus richteten sich die Oppositionsführer in einem Schreiben an die Hohe Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Michelle Bachelet, und baten um ihr sofortiges Eingreifen. In den ersten Februarwochen beabsichtigen Abgeordnete der Opposition sich persönlich ein Bild von der Situation zu verschaffen. Es ist nicht das erste Mal, dass Gouverneur Gildo Insfrán, der seit mehr als 25 Jahren ununterbrochen an der Macht in Formosa ist, die Blicke der Öffentlichkeit auf sich zieht: 2020 verwehrte er monatelang tausenden gestrandeten Anwohnern die Rückkehr zu ihren Wohnorten. Erst ein gerichtlicher Beschluss des Obersten Gerichtshofs ermöglichte die Familienzusammenführungen und zeitweilige Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit (wir berichteten im November).



Bei der im Dezember begonnenen Impfkampagne kam es zu einer Zwangspause: Die russische Regierung erfüllte die vereinbarten Liefertermine des Sputnik V-Impfstoffs nicht. Daher konnten landesweit lediglich 278.451 Personen mit der ersten Dosis geimpft und 65.583 Personen mit der zweiten Dosis des Vakzins immunisiert werden. Ursprünglich hätten im Dezember und Januar insgesamt 15 Millionen Impfdosen geliefert werden sollen. Die Ankündigung wurde im Nachgang auf fünf Millionen für diesen Zeitraum reduziert. Tatsächlich trafen lediglich 820.000 Dosen ein, die zu unverhältnismäßig hohen Kosten mit drei Flügen der staatlichen Airline *Aerolíneas Argentinas*. Angaben des russischen Labors *Gamaleya* zufolge, das inzwischen auch in Indien und Südkorea produziert, kam es zu Lieferproblemen und -verzögerungen aufgrund der hohen Nachfrage. Dies trifft besonders die systemrelevanten Berufsgruppen hart, die sich täglich dem Infektionsrisiko aussetzen. Angesichts der angekündigten Wiederaufnahme des Schulbetriebs im März, trotz mangelndem Impfstoff, kam es zu Konflikten zwischen den Lehrgewerkschaften und der Regierung. Die Lehrer fordern, zusätzlich zu den Hygiene- und Sicherheitsvorschriften, einen Impfschutz für das gesamte Personal ein. Diese Bedingung kann, trotz politischen Willens, derzeit nicht erfüllt werden.

Die Impfbereitschaft der Bevölkerung mit dem russischen Vakzin ist eher gering, da die Ergebnisse der dritten Testphase in keiner medizinischen Fachzeitschrift veröffentlicht wurden. Die argentinische Regierung hat auch Kaufverträge mit dem Labor *AstraZeneca*, deren Impfstoff in Argentinien produziert und in Mexiko abgepackt wird, unterzeichnet und führt Verhandlungen mit *Moderna*, *Johnson&Johnson* und *Pfizer*. Deren Impfstoffe stünden jedoch frühestens im März zur Verfügung. Ebenso ist der Erwerb der chinesischen Vakzine *Sinovac* und *Sinopharm* im Gespräch, welche teilweise klinisch in Argentinien untersucht wurden. Darüber hinaus sollen im ersten Quartal des Jahres drei der neun Millionen erworbenen Impfstoffdosen der Covax-Initiative der Weltgesundheitsorganisation (WHO) geliefert werden. Medienberichten zufolge ist jedoch auch die Einhaltung dieses Termins zweifelhaft, da sich Argentinien momentan nicht unter den von der WHO priorisierten Ländern befände. Ob so das selbstgesetzte Ziel von 14 Millionen Vollimmunisierungen der insgesamt 45,8 Millionen Einwohner Argentiniens im ersten Semester tatsächlich erreicht werden kann, ist fragwürdig. Präsident Fernández und sein Kabinett büßten folglich erheblich an Glaubwürdigkeit ein.

### Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Pariser Club und IWF

Die argentinischen Auslandsschulden, die Handhabung der Coronakrise und die Zukunft der Automobilindustrie waren die Hauptthemen des Gesprächs, das Präsident Alberto Fernández am 25. Januar mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel führte. Argentinien muss in den kommenden Monaten eine 2014 verhandelte Auslandsschuld in Höhe von 2,4 Milliarden US-Dollar zuzüglich Zinsen beim Pariser Club<sup>1</sup> tilgen. Deutschland und Japan sind die Gläubiger mit der höchsten Beteiligung (37 Prozent bzw. 22 Prozent), gefolgt von den Niederlanden (acht Prozent), Spanien (sieben Prozent), Italien und den USA (jeweils sechs Prozent). Insgesamt sind neunzehn Länder daran beteiligt. Zur Neuverhandlung des Zahlungsplans bestehen die Geldgeber auf eine Einigung mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) im Vorfeld. Gemäß Wirtschaftsminister Martín Guzmán soll das neue Abkommen mit diesem Organismus spätestens im Mai unterzeichnet werden. Zu dessen Bewilligung ist Argentinien insbesondere auf die Unterstützung stimmberechtigter Geldgeber wie Deutschland, aber auch auf die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) angewiesen. Der Regierungswechsel in den USA kommt Argentinien in diesem Zusammenhang voraussichtlich zugute. Der ehemalige Präsident Mauricio Macri (PRO) hatte 2018 einen 56 Milliarden US-Dollar schweren Kredit zur Bekämpfung der Folgen der damaligen Wirtschaftsrezession aufgenommen, von dem 45 Milliarden tatsächlich ausgezahlt wurden. Die aktuelle Regierung strebt an, diesen Betrag zuzüglich der Zinsen in den kommenden zehn Jahren zurückzuzahlen.

<sup>1</sup> Der Pariser Club wurde 1956 als informeller Verhandlungstisch zur Umstrukturierung der damaligen argentinischen Staatsschuld in Höhe von 700 Millionen US-Dollar ins Leben gerufen. Den Vorsitz hat der Präsident der französischen Schatzkammer inne. Die Leitlinien des Verbunds sind Solidarität, Konsens, Informationsaustausch, Einzelfallbehandlung, Kopplung an Rahmenbedingungen und Vergleichbarkeit.



